Information nach Art. 13, 14 und 21 DSGVO

Stadtverwaltung Grünstadt – Allgemeine Verwaltung

Mit diesen Datenschutzhinweisen informiert die Stadtverwaltung Grünstadt gemäß der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) über die Verarbeitung personenbezogener Daten sowie über die den betroffenen Personen zustehenden Rechte.

1. Verantwortlicher (Art. 13 Abs. 1 lit. a DS-GVO)

Name / Vertreter:	Stadtverwaltung Grünstadt Vertreten durch Bürgermeister Mimmo Scarmato
Adresse:	Kreuzerweg 2, 67269 Grünstadt
E-Mail:	stadt@gruenstadt.de
Telefon:	06359 / 805-0

2. Beauftragte oder Beauftragter für den Datenschutz (Art. 13 Abs. 1 lit. b DS-GVO)

Name:	Firma zweiplus, Spengler & Stöver Unternehmensberatung PartGmbB
Adresse:	Hochstraße 11, 64665 Alsbach-Hähnlein
E-Mail:	datenschutzbeauftragter@zwei.plus
Telefon:	06257 / 956 44 00

3. Zwecke und Rechtsgrundlage der Verarbeitung (Art. 13 Abs. 1 lit. c DS-GVO)

Ihre personenbezogenen Daten werden erhoben, wenn sie zur Erfüllung der in der Zuständigkeit der Gemeinde liegenden Aufgaben oder in Ausübung öffentlicher Gewalt, die der Stadtverwaltung Grünstadt übertragen wurde, erforderlich sind. Erfolgt die Verarbeitung nicht aufgrund einer speziellen Rechtsvorschrift, wird das Landesschutzgesetz Rheinland-Pfalz (LDSG) angewendet.

Maßgebliche Rechtsgrundlagen:

- **Allgemeines Verwaltungs- und Aufgabenhandeln:** Art. 6 DSGVO i.V.m. § 3 LDSG (bzw. Art. 9 DSGVO / § 19 LDSG für besondere Kategorien personenbezogener Daten).
- **Einwilligung:** Art. 6 Abs. 1 lit. a und Art. 7 DSGVO.
- **Vertragserfüllung & vorvertragliche Anfragen:** Art. 6 Abs. 1 lit. b DSGVO.
- **Rechtliche Verpflichtung:** Art. 6 Abs. 1 lit. c DSGVO.
- **Lebenswichtige Interessen:** Art. 6 Abs. 1 lit. d DSGVO.
- **Wahrung berechtigter Interessen:** Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO.

4. Empfänger oder Kategorien von Empfängern (Art. 13 Abs. 1 lit. e DS-GVO)

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Empfänger können sein:

- **Auftragsverarbeiter (Art. 28 DSGVO):** Von der Stadtverwaltung eingesetzte Dienstleister, insbesondere in den Bereichen IT-Dienstleistungen, Logistik und Druckdienstleistungen, welche die Daten weisungsgebunden verarbeiten.
- **Dritte Stelle:** Behörden oder Institutionen bei Vorliegen einer gesetzlichen, vertraglichen oder behördlichen Verpflichtung.

5. Übermittlung an ein Drittland (Art. 13 Abs. 1 lit. f DS-GVO)

Eine Übermittlung in Staaten außerhalb des Europäischen Wirtschaftsraums (EWR) erfolgt nur, soweit dies zur Ausführung des gesetzlichen Verwaltungshandelns zwingend erforderlich ist.

6. Dauer der Speicherung und Aufbewahrungsfristen (Art. 13 Abs. 2 lit. a DS-GVO)

Personenbezogene Daten werden nur für die Dauer der Bearbeitung des jeweiligen Vorgangs verarbeitet. Darüber hinaus unterliegt die Stadtverwaltung verschiedenen gesetzlichen Aufbewahrungs- und Dokumentationspflichten (z. B. aus der Abgabenordnung AO oder SGB I und X). Die Aufbewahrungs- und Archivfristen können bis zu 30 Jahre betragen.

> **Hinweis zum Widerruf von Einwilligungen:**
> Haben Sie der Verarbeitung Ihrer Daten zugestimmt, können Sie diese Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der bis zum Widerruf erfolgten Verarbeitung bleibt davon unberührt. In der Regel beruht das Verwaltungshandeln jedoch auf gesetzlichen Vorgaben, weshalb ein Widerruf nur in Fällen relevanter expliziter Einwilligungen zur Anwendung kommt.

7. Rechte der betroffenen Personen (Art. 13 Abs. 2 lit. c–d DS-GVO)

Jede betroffene Person hat nach der DSGVO folgende Rechte gegenüber dem Verantwortlichen:

- **Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO):** Auskunft über die verarbeiteten personenbezogenen Daten. Der Antrag sollte nach Möglichkeit konkrete Angaben zum Verwaltungsverfahren und Verfahrensabschnitt enthalten.
- **Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO):** Korrektur unrichtiger oder Vervollständigung unvollständiger Daten.
- **Recht auf Löschung (Art. 17 DSGVO):** Löschung der Daten, sofern keine gesetzlichen Aufbewahrungspflichten, Archivzwecke oder öffentlichen Interessen der Löschung entgegenstehen.
- **Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO):** Einschränkung der Verarbeitung, etwa bei Bestreiten der Richtigkeit oder bei ausstehender Prüfung eines Widerspruchs.
- **Recht auf Widerspruch (Art. 21 DSGVO):** Widerspruch aus persönlichen Gründen, sofern kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht oder eine Rechtsvorschrift dazu verpflichtet.

8. Beschwerderecht bei der Aufsichtsbehörde

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der zuständigen Datenschutzaufsichtsbehörde, wenn sie der Ansicht ist, dass die Verarbeitung ihrer personenbezogenen Daten rechtswidrig erfolgt:

Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz
Hintere Bleiche 34, 55116 Mainz
Telefon: 06131 / 208-2449 | Telefax: 06131 / 208-2497
E-Mail: poststelle@datenschutz.rlp.de